

TAGUNGEN

Jugend — Demokratie — Nation

Die politische Öffentlichkeit, insbesondere außerhalb unserer Grenzen, hat mit Sorge und Bestürzung auf die Zunahme nationalistischer und rechtsradikaler Tendenzen innerhalb der Bundesrepublik sowie auf die Wahlerfolge der NPD reagiert. Das ist durchaus verständlich. Die besorgten und bestürzten Beobachter sollten aber mit der gleichen Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen, daß die politisch engagierte Jugend in unserem Lande sich der Auseinandersetzung mit diesen Gefahren der Demokratie stellt; das zeigen u. a. viele entsprechende Veranstaltungen der konfessionellen, politischen und gewerkschaftlichen Jugend in den vergangenen Monaten.

Eine besonders wichtige Maßnahme dieser Art stellte der überregionale Kongreß der Jungsozialisten zum Generalthema „Jugend — Demokratie — Nation“ in Braunschweig dar. Den Veranstaltern ging es bewußt nicht um eine Anti-Demonstration; es sollte vielmehr der Ausgangspunkt für eine geistige Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus erarbeitet werden. Da die Jungsozialisten zu Recht der Meinung sind, daß diese Auseinandersetzung nicht Aufgabe einer Partei allein sein sollte, luden sie nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch Vertreter des öffentlichen Lebens, anderer Jugendverbände und der Bundeswehr ein. Den Gästen wurde volles Mitwirkungs- und Rederecht eingeräumt.

Das einleitende Referat zum Thema „Volk und Parteienherrschaft in der Demokratie“ hielt Prof. *Ehmke*, Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Nach seiner Auffassung ist die Demokratie bei uns mehr als in jedem anderen Land eine Sache der Jugend. Deren geschichtliche Aufgabe und Verpflichtung sei es, so etwas wie den Nationalsozialismus nie wieder hochkommen zu lassen. Als Ziel der Politik bezeichnete er es, die Welt durch praktisches Handeln zu verändern. Deshalb wandte er sich gegen bloße Bekenntnisse, gesinnungsstarke Proteste und eine theoretische Verklärung einer Idealdemokratie. Das sei kein politisches Engagement. *Ehmke* hob hervor, daß das notwendige politische Handeln heute weitgehend an die Organisationsform der Parteien

gebunden ist. Daraus leitete er seine Forderung ab: „Die Jugend, der es mit den ihr aus der Geschichte erwachsenen politischen Verpflichtungen ernst ist, muß daher den Weg in die demokratischen Parteien finden.“ Für ihn ist die Nation nicht „ein völkischer oder sonstige natürlicher, sondern ein politisch-geschichtlicher Verband“; den Begriff „Vaterland“ definiert er als „das Stück Welt, für das wir unmittelbar politische Verantwortung tragen“.

Ehmke ging auch ausführlich auf das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein. Er plädierte u. a. für eine endgültige Überwindung des sterilen Antikommunismus in der Bundesrepublik, deren politische Ordnung im übrigen noch viele Schwächen und Mängel aufweise. Im Vergleich zur Situation in der DDR hätten wir aber keine Gründe für Minderwertigkeitskomplexe. Scharf kritisierte *Ehmke*, daß sich die DDR der gemeinsamen Verantwortung für die jüngere deutsche Vergangenheit nicht stelle. Wörtlich führte er dazu aus: „Von den Unbelehrbaren bei uns, die so gern einen dicken Strich unter die Vergangenheit ziehen möchten, unterscheidet sich die SED nur dadurch, daß sie diesen Strich schon gezogen hat und daß es sich bei ihr um einen roten Strich handelt.“

In der anschließenden Diskussion stimmten die Redner dem Referenten in den grundsätzlichen Thesen, von denen hier nur einige wiedergegeben werden konnten, zu. In einigen Punkten, und vor allem in einigen aktuellen politischen Sachfragen, bestanden dagegen zum Teil nicht unerhebliche Meinungsunterschiede. Die meisten Diskussionsredner bewerteten z. B., ohne sich deshalb gegen die notwendige sachliche und praktische *Mitarbeit* auszusprechen, den politischen *Protest* wesentlich positiver als der Referent; sie wiesen als ein überzeugendes Beispiel auf die erfolgreichen Proteste der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetzgebung, insbesondere gegen die ursprünglichen Vorlagen, hin. Außerdem unterstrichen sie, daß die politischen Parteien der jungen Generation mit wesentlich mehr Offenheit und Bereitschaft, in der Kritik ein positives Element der Demokratie zu sehen, begegnen müßten.

Die ergebnisreichsten und gründlichsten Diskussionen fanden in vier Arbeitsgemeinschaften statt. Sie befaßten sich mit dem Verhältnis der Jugend zur Vergangenheit, dem Nationalismus der Vergangenheit und der Zukunft der Nation, der Notwendigkeit von Konflikten und Kompromissen in der Demokratie sowie den Möglichkeiten und Grenzen der Verantwortung des Staatsbürgers. Es seien nur einige besonders wichtige Ergebnisse festgehalten:

So war man sich einig, daß persönliches Freisein der Jugend von Schuld für die Vergangenheit nicht mit dem Aussteigen aus der Geschichte gleichgesetzt werden kann. Es gibt zwar keine Kollektivschuld, wohl aber eine

Kollektivverantwortung für die Bewältigung der Probleme, die aus der Vergangenheit resultieren. Niemand sprach sich dafür aus, in der Nation den höchsten Wert zu sehen. Deutlich trat hervor, daß über die Stärke und Verbreitung des Nationalgefühls in der Bundesrepublik heute vor allen Dingen unter der Jugend unterschiedliche Auffassungen bestehen. Das galt verstärkt für die Frage, ob Nationalbewußtsein zur Festigung unserer demokratischen Verhältnisse überhaupt notwendig ist. Die Diskussionen wurden dadurch erschwert, daß sich die Teilnehmer auf keine gemeinsame Definition für den Begriff „Nationalbewußtsein“ einigen konnten. Alle Kongreßteilnehmer stimmten darin überein, daß eine der wichtigsten Formen der „Bewältigung der Vergangenheit“ darin bestehen muß, daß die Jugend sich *heute* politisch engagiert. Sie wird in Zukunft einmal daran gemessen werden, ob sie dieser Verpflichtung ausreichend nachgekommen ist. Dazu gehört vor allen Dingen die bewußte Wahrnehmung der politischen Rechte und Pflichten.

Zum Abschluß des Kongresses sprach auf einer öffentlichen Veranstaltung der Minister für gesamtdeutsche Fragen, *Herbert Wehner*, zum Thema „Unsere Nation in der demokratischen Bewährung“. Er unterstrich, daß unser Volk die Ursachen der Teilung Deutschlands nicht vergessen dürfe. Dazu gehöre vor allen Dingen das Unglück, das wir über viele andere Völker gebracht haben. Wir müßten uns ständig fragen, ob wir wirklich alles getan haben, um wiedergutzumachen.

Aufrechnung von Unrecht sei nicht möglich. Keine Partei könne einen Monopolanspruch auf den Begriff „national“ erheben. Die NPD sei weder national noch demokratisch. Der Minister äußerte seinen Stolz darüber, daß gerade die Vertreter der Arbeiterschaft vor vielen Jahrzehnten sittliche Postulate und Solidarität in die politische Auseinandersetzung einführten. Wehner forderte, daß die Bundesrepublik eine konsequente Entspannungspolitik betreibe. Dazu gehöre u.-a. der Einsatz für den Abbau des Rüstungsniveaus in Europa, der Verzicht auf die Produktion und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, der Ausschluß jeder Gewaltanwendung bei der Änderung von Grenzen und Demarkationslinien, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten ohne Vorbedingungen und die Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR. —

Die Zielsetzung des Kongresses bestand nicht darin, endgültige und verbindliche Antworten für die behandelte Problematik zu finden, sondern einen wichtigen Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung zu leisten. Das ist eindeutig gelungen. Die politisch engagierte Jugend hat bei aller (nicht selten notwendigen) Kritik an den politischen und gesellschaftlichen

Gegebenheiten ein durchaus positives Verhältnis zur Demokratie. Eine solch eindeutige Aussage läßt sich über das Verhältnis der Jugend zur Nation nicht treffen. Hier ist die Skala der unterschiedlichen Meinungen sehr groß. Nach meiner Auffassung brauchen wir uns darüber keine großen Sorgen zu machen. Es ist nicht wichtig, daß die Jugend unbedingt eine einheitliche Meinung über die Notwendigkeit des Nationalbewußtseins entwickelt. Von viel größerer Bedeutung für die Bewertung der Demokratie in unserem Lande, scheint mir zu sein, daß diese politische Jugend, wie in Braunschweig geschehen, sich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus stellt und außerdem bereit und fähig ist, sachlich, fair und offen miteinander zu diskutieren.

Christian Götz